VR-04-163 Wehrhaft für den Frieden - Grüne Rüstungspolitik europäisch neu definiert

Antragsteller*in: Simon Gast (KV Osnabrück-Land)

Änderungsantrag zu VR-04

Von Zeile 163 bis 164 einfügen:

- Nein zu Exporten an Staaten, die Menschenrechte systematisch verletzen, regelmäßig gegen das Völkerrecht verstoßen, Angriffskriege führen oder in denen ein Endverbleib nicht gesichert ist,

Von Zeile 167 bis 168 einfügen:

- eine effektive Kontrolle der Endverbleibserklärungen entsprechend mit Kompetenzen und Personal ausgestattet werden. Auch NATO- und EU-Staaten sind davon nicht ausgenommen

Begründung

Eine glaubwürdige und wertegeleitete europäische Rüstungsexportpolitik braucht einheitliche Maßstäbe und Widersprüche. Die Einhaltung von Menschenrechten und Völkerrecht muss auch bei EU- und NATO-Partnern Voraussetzung für Rüstungslieferungen sein. Eine Bündniszugehörigkeit darf kein Freibrief sein. Damit verhindern wir doppelte Standards und stärken die Glaubwürdigkeit unserer Außenpolitik, welche durch die aktuelle Außenpolitik der Bundesregierung schaden genommen hat.

weitere Antragsteller*innen

Niklas Wolf (KV Lüneburg); Ragna Kirck (KV Köln); Rania Al-Sahhoum (KV Berlin-Mitte); Philipp Schmagold (KV Plön); David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Maja Semrau (KV Köln); Johannes Rückerl (KV Regensburg-Stadt); Damian-Aidan Koenig (KV Leipzig); Paul-Josef Sieger (KV Ahrweiler); Güven Erkurt (KV Paderborn); Tagrid Yousef (KV Duisburg); Alyssa Ammelung (KV Köln); Klemens Griesehop (KV Berlin-Reinickendorf); Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Thomas Mohr (KV München); Gerrit Stapper (KV Köln); Petra Stapper (KV Krefeld); Meinhard Hoffmann (KV Hochtaunus); Christina Flick (KV Birkenfeld); sowie 101 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.